



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 48. Ratssitzung vom 24. Mai 2023

1812. 2023/182

Postulat der SP-, FDP-, Grüne-, GLP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 05.04.2023:

Verordnung über Energiekostenzulagen (VEZ), Bericht sowie Antragsstellung über die Weiterführung oder Aufhebung der Verordnung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1661/2023): In der Kommissionsberatung wurde diskutiert, dass es sich bei der Energiekostenzulage um ein Pilotprojekt handle, das zwar mit den Annahmen einer durchdachten Verordnung kalkuliert, dessen Wirkung aber nicht klar sei. Der Kreis der Berechtigten werde grösser sein, als erwartet. Die Sozialversicherungsanstalt (SVA) schrieb Menschen mit Anspruch auf Prämienverbilligung an, um nach der Pilotphase zu überprüfen, wie sich die Wirkung der Energiekostenzulage verhält. Zunächst stand eine von Susanne Brunner (SVP) eingebrachte «Sunset-Klausel» zur Diskussion. Die grosse Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass nach der dreijährigen Referenzperiode anhand eines Berichts darüber abgestimmt werden soll, ob die Verordnung weitergeführt wird – je nachdem wie die Teuerung der einzelnen Energieträger ausfällt. Es gab den Konsens, dass ein Postulat überwiesen werden soll, in dem einerseits ein Bericht und andererseits ein Antrag des Stadtrats eingefordert werden, ob die Verordnung aufgehoben oder weitergeführt werden soll. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Das Anliegen von Susanne Brunner (SVP) ist damit im Prinzip erfüllt. So kann überprüft werden, ob die Annahmen der Wahrheit entsprechen, sodass in drei Jahren fundiert abgestimmt werden kann.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Anstelle einer Energiekostenzulage wollen wir eine sichere Energieversorgung. Aktuell beziehen wir rund 60 Prozent unserer Energie von fossilen Energieträgern. Von diesen wollen Sie wegkommen. Es ist unmöglich, 60 Prozent der benötigten Energie zu ersetzen, da bereits eine Strommangel-lage herrscht. Wenn diese Energiepolitik durchgesetzt wird, werden die Energiepreise explodieren, es drohen Blackouts und eine noch grössere Strommangel-lage. Wir wollen eine sichere Energieversorgung und nicht voreilig aus fossilen Energieträgern aussteigen. Mit einer vernünftigen Energiepolitik braucht es keine Energiekostenzulage.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marcel Tobler (SP):** Von Samuel Balsiger (SVP) habe ich nicht vernommen, wieso das Postulat abgelehnt wird. Inhaltlich gehe ich nicht auf die Diskussion ein, da sie bereits geführt wurde. Das Postulat hat den alleinigen Zweck, die Idee des Ablaufdatums der*



2 / 2

«Sunset-Klausel» aufzunehmen, damit nochmals über die Energiekostenzulage abgestimmt werden kann. Das Postulat konnte aufgrund der Ablehnungshaltung der SVP nicht einstimmig von der Kommission überwiesen werden.

Samuel Balsiger (SVP): *Ich muss mich für die inhaltliche Begründung wiederholen. In den 2000er-Jahren war die Schweiz Stromexporteurin, doch durch eine voreilige Energiegewende stiegen die Preise pro Person stark an. Durch eine sichere Energieversorgung mit fossilen Energieträgern können die Menschen, die eine Energiekostenzulage benötigen, versorgt werden. Die geforderte Energiekostenzulage zeigt, dass schon jetzt Probleme mit den Energiekosten bestehen. Das ist der Grund für unsere Ablehnung: Es braucht eine sichere Energieversorgung und keine Berichte, die zeigen, dass die Energiepolitik nicht funktioniert.*

Patrik Brunner (FDP): *Während der Beratung der Vorlage brachte die SVP den Vorschlag der «Sunset-Klausel». Es betrückte uns, dass die Vorlage in der Kommission und im Rat nicht durchkam, doch waren wir umso glücklicher über den Kompromissvorschlag mit diesem Postulat. Auch wenn die FDP die Vorlage an sich ablehnt, erkennen wir den Brückenschlag und sind ein verlässlicher Partner für pragmatische Politik.*

Das Postulat wird mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat